

CHRISTOPHER R. BROWNING

ZUR GENESIS DER „ENDLÖSUNG“

Eine Antwort an Martin Broszat

Martin Broszats Aufsatz „Hitler und die Genesis der ‚Endlösung‘. Aus Anlaß der Thesen von David Irving“¹ wurde mit Recht als gründlichste Widerlegung der These des englischen Autors gewürdigt, die Endlösung sei ohne Genehmigung Hitlers zustande gekommen². Außerdem aber hat Broszat in dem genannten Aufsatz seine eigene These zur Genesis der Endlösung entwickelt. Zwar nicht durch das Fehlen eines Schriftstücks beeindruckt, in welchem Hitler die Vernichtung der Juden ausdrücklich befohlen und durch seine Unterschrift sanktioniert hätte (denn solche Befehle seien mündlich gegeben worden³), zeigt sich Broszat immerhin dadurch verunsichert, daß selbst bei so engen Mitarbeitern des „Führers“ wie Göring, Ribbentrop und Frank, die nach dem Krieg verhört wurden, oder Goebbels, der umfangreiche Tagebücher hinterließ⁴, jeder Hinweis auf einen präzisen mündlichen Befehl Hitlers zur Ausrottung der Juden fehlt. Daraufhin stellt Broszat die interessante Möglichkeit zur Debatte, daß es gar keine umfassende Einzelentscheidung für den Massenmord gab. Vielmehr habe sich das Vernichtungsprogramm „stück- und schubweise“ aus einer Reihe isolierter Tötungsaktionen gegen Ende 1941 und Anfang 1942 entwickelt. Diese lokalen Massenmorde seien improvisierte Reaktionen auf eine unhaltbare Lage gewesen, die durch zwei Faktoren geschaffen wurde: den ideologischen und politischen Druck, ein „judenreines“ Europa zu schaffen, ausgeübt vor allem von Hitler selbst, und den militärischen Mißerfolg an der Ostfront, der einen Mangel sowohl an Transportmaterial als auch an Aufnahmegebieten für die umzusiedelnden Juden bewirkt habe. Einmal aufgenommen, sei das Tötungsprogramm allmählich institutionalisiert und, da es sich logistisch als einfachste Lösung erwiesen habe, schließlich zu einem umfassenden und eigenständigen Vorhaben geworden⁵.

Broszats Widerlegung Irvings ist gewiß verdienstvoll, doch bedarf seine provozie-

¹ Martin Broszat, *Hitler und die Genesis der ‚Endlösung‘*. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *VfZ* 25 (1977), S. 739–75.

² Bradley Smith, *Two Alibis for the Inhumanities: A. R. Butz, The Hoax of the Twentieth Century, and David Irving, Hitler’s War*, in: *German Studies Review* I (Oktober 1978), S. 333; Henry Friedlander, *Teaching About the Holocaust*, in: *Teachers College Record* 80 (Februar 1979), S. 525; Charles Syndor, *The Selling of Adolf Hitler. David Irving’s Hitler’s War*, in: *Central European History* XII (Juni 1979), S. 182–85.

³ Broszat, S. 756.

⁴ Ebenda, S. 747.

⁵ Broszat formuliert seinen Standpunkt präzise (S. 753, Anm. 26): „Mir scheint dagegen, daß es überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernichtungsplan gegeben hat, das ‚Programm‘ der Vernichtung sich vielmehr aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch entwickelte und nach der Errichtung der Vernichtungslager in Polen (zwischen Dezember 1941 und Juli 1942) bestimmenden Charakter erhielt.“

rende und stimulierende These doch der kritischen Prüfung. Broszat räumt ein, daß das Zustandekommen der Endlösung, besonders die „zentrale Entscheidungsbildung“, im Dunkeln liegt. Er konzediert auch, daß seine Interpretation nicht schlüssig zu beweisen ist. Jedoch erklärt er, sie habe „weit mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die Annahme eines umfassenden Geheimbefehls zur Judenvernichtung im Sommer 1941“⁶. Die Frage ist nun, ob die von Broszat zur Untermauerung seiner These herangezogenen Belege, zusammen mit dem, was er übergeht, einen überzeugenden Nachweis für „weit mehr Wahrscheinlichkeit“ ergeben. Als Antwort ergibt sich, daß im Gegenteil Hitler im Sommer 1941 die Vorbereitung eines Vernichtungsplans befohlen bzw., genauer gesagt, angestiftet oder gefordert hat. Die „industrielle Revolution“ im Massenmord kam freilich nicht als plötzlicher und kurzfristiger Vorgang. Zeit wurde gebraucht, um Grundfragen der Technologie, der Organisation, der Logistik, der Lokalisierung und des Umfangs des Vernichtungsprogramms zu entscheiden. Obgleich nicht alle diese Fragen binnen weniger Monate geklärt waren, wurden die auf Hitlers Vernichtungsbefehl vom Sommer basierenden Grundzüge des Plans im Oktober oder November 1941 vom „Führer“ gebilligt.

Untersuchen wir die Belege, die Argumente und die Wahrscheinlichkeit der Broszatschen These genauer. Nach Ansicht Broszats bedeutete auch Görings Auftrag an Heydrich vom 31. Juli 1941, eine „Gesamtlösung“ der Judenfrage in den zur deutschen Einflußzone gehörenden europäischen Ländern vorzubereiten und die Beteiligung jener Organisationen, deren Zuständigkeit berührt werden mußte, zu koordinieren, keine Entscheidung für die Tötung der europäischen Juden⁷. Görings Schreiben seien zwar umfangreiche Aktivitäten zur Massenumsiedlung gefolgt, doch sei man „sich über ihre Konsequenzen“ noch nicht „im klaren“ gewesen. Broszat nimmt an, „daß dem entschlossenen Willen der NS-Führung, die Judenfrage jetzt radikal anzupacken, noch keine ebenso klare Zielsetzung im Hinblick auf das weitere Schicksal der zu Deportierenden entsprach“⁸.

Um diese Annahme zu stützen, zitiert Broszat aus noch unveröffentlichten Teilen der Goebbels-Tagebücher aus der zweiten Hälfte des Jahres 1941. Die Zitate belegen Hitlers Versprechen vom August 1941, die Berliner Juden unmittelbar nach dem Abschluß des Rußland-Feldzugs in den Osten zu deportieren, und die wachsenden Schwierigkeiten, denen die zugesagte Deportation angesichts des Stillstands der militärischen Operationen und der Transportprobleme im Herbst 1941 begegnete. Nirgends erwähnte Goebbels bis dahin Pläne zur systematischen Judenvernichtung. Daraus schließt Broszat, daß Hitlers fanatische Entschlossenheit, Europa „judenrein“ zu machen, bis zum November in eine „Sackgasse“ geführt habe; als „Ausweg“ hätten kleinere Vernichtungsaktionen begonnen, nicht als Teil eines umfassenden Plans, son-

⁶ Broszat, S. 753.

⁷ Nürnberger Dokument PS-710. Broszat teilt hinsichtlich der Bedeutung oder, genauer, Bedeutungslosigkeit dieses Schriftstücks die Ansichten Uwe Dietrich Adams, aber nicht dessen Folgerung, daß eine endgültige Entscheidung zwischen September und Dezember getroffen wurde. Vgl. Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 308 ff.

⁸ Broszat, S. 748.

dern zur Reduktion der Zahl der Juden, die schließlich nach Rußland deportiert werden sollten.

Die Berufung auf Goebbels ist allerdings problematisch, weil der Propagandaminister nicht einfach als verlässliches Instrument zur Registrierung plötzlicher Änderungen in der NS-Judenpolitik angesehen werden kann. Seit dem Kristallnacht-Streit zwischen Goebbels und dem Dreigespann Göring-Himmler-Heydrich verweigerte der letztere dem ersteren die Teilnahme an seiner schwer erkämpften Kontrolle der Judenpolitik. Mag Goebbels auch ein konstanter Befürworter einer schärferen Judenpolitik gewesen sein, so war er doch weder ihr Architekt noch ihr Vollstrecker. Wenn Hitler im Sommer 1941 Göring, Himmler und Heydrich mündlich die Weisung gegeben hatte, ein durchführbares Programm für die Judenvernichtung vorzubereiten, brauchten sie Goebbels dies nicht mitzuteilen. Wie weit entfernt Goebbels von den wichtigsten Strömungen der Judenpolitik tatsächlich war, zeigt seine Tagebuch-Eintragung vom 7. März 1942, sechs Wochen nach der Wannsee-Konferenz, zu der kein Vertreter des Propagandaministeriums eingeladen gewesen war und von der er anscheinend gerade einen etwas „frisierten“ Bericht erhalten hatte.

„Ich lese eine ausführliche Denkschrift des SD und der Polizei über die Endlösung der Judenfrage. Daraus ergeben sich eine Unmenge von neuen Gesichtspunkten. Die Judenfrage muß jetzt im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden. Es gibt in Europa noch über 11 Millionen Juden. Sie müssen später einmal zuerst im Osten konzentriert werden; eventuell kann man ihnen nach dem Kriege eine Insel, etwa Madagaskar, zuweisen. Jedenfalls wird es keine Ruhe in Europa geben, wenn nicht die Juden restlos aus dem europäischen Gebiet ausgeschaltet werden“⁹.

Vermutlich hatte der Propagandaminister diesen Bericht in Zusammenhang mit der Mischlings-Konferenz vom 6. März erhalten, an der ein Goebbels-Vertreter teilnahm; jedenfalls spricht er in den folgenden Sätzen seiner Eintragung von den Problemen, die nun im Hinblick auf „Mischlinge“ und mit Juden verwandte „Deutschblütige“ entstünden. Das Auswärtige Amt hingegen erhielt eine Kopie des Originalprotokolls der Wannsee-Konferenz (eine von 30) am 26. Januar, und bis zum 10. Februar waren selbst die untergeordneten Beamten des Referats für Kolonialfragen informiert, daß der Madagaskar-Plan begraben war¹⁰. Offensichtlich wurde Goebbels in viele Maßnahmen der NS-Judenpolitik, die der Ministerialbürokratie bereits bekannt waren, erst später eingeweiht. Kenntnis von der Endlösung verzeichnete er erstmals am 27. März 1942, mehrere Wochen nach dem Beginn des Massenmords in Belzec¹¹.

Das Fehlen spezifischer Hinweise Görings und Ribbentrops auf einen Vernichtungsbefehl Hitlers sollte ebenfalls nicht zu ernst genommen werden. Göring, der im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß um sein Leben oder doch um seinen Ruf in der Geschichte kämpfte, hatte ein persönliches Interesse zu leugnen, daß seinem Auftrag

⁹ Josef Goebbels, Tagebücher aus den Jahren 1942–1943, hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 114.

¹⁰ Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office*, New York 1978, S. 79ff.

¹¹ Goebbels, Tagebücher 1942–1943, S. 142f.

an Heydrich vom 31. Juli 1941 ein solcher Befehl zugrunde lag. Ribbentrop war hinsichtlich der Judenpolitik kein enger Vertrauter Hitlers; die Beteiligung des Auswärtigen Amts an der Endlösung war ein Werk des ehrgeizigen Unterstaatssekretärs Martin Luther. Der etwas beschränkte Außenminister übersah generell, selbst noch im August 1942, die Bedeutung, die Hitler der Endlösung beimaß. Als ihm damals Einmischungen der SS in seinen Zuständigkeitsbereich zu lästig wurden, befahl er dem Auswärtigen Amt, den Druck auf die Verbündeten Deutschlands in der Deportationsfrage vorübergehend einzustellen. Erst Anfang 1943 erkannte Ribbentrop die politische Zweckmäßigkeit eines persönlichen Engagements für die Endlösung¹².

Während Broszat sich einerseits allzusehr auf Goebbels stützt, ignoriert er andererseits sämtliche Aussagen jener SS-Männer, die mit der Ausarbeitung und Durchführung des Vernichtungsplans beauftragt waren. Himmler und Heydrich lebten nicht lange genug, um Zeugnis ablegen zu können, Adolf Eichmann und Rudolf Höß aber konnten es. Obwohl in den Aussagen beider Männer Widersprüche enthalten sind, ergeben sie doch ein übereinstimmendes Bild. Bei seinen ersten Aussagen vor dem Internationalen Militärtribunal war Höß offensichtlich noch etwas konfus und vermischte Begebenheiten aus den Jahren 1941 und 1942. Die Aussagen, die er 1946 vor den polnischen Untersuchungsrichtern in Krakau machte, und seine Autobiographie von 1947 stellen jedoch einen verhältnismäßig geschlossenen Bericht dar. Im Sommer 1941 wurde Höß in Berlin von Himmler über die Weisung des Führers informiert, alle europäischen Juden auszurotten. Höß wurde sodann von Eichmann besucht, der mit ihm die Unzulänglichkeit der Erschießungen und der Gaswagen besprach, ihm aber noch keine Einzelheiten über den Termin des Beginns der Vernichtungsaktionen oder der für die Vergasungen anzuwendenden Technik sagen konnte. Diese Fragen waren auch noch offen, als Höß im November 1941 an einer Konferenz der Mitarbeiter Eichmanns in Berlin teilnahm. Im gleichen Herbst wurden russische Gefangene in Auschwitz mit Cyclon B vergast, und dieses Gas wurde für die Judenvernichtung gewählt, die nach der Ankunft von Juden aus Oberschlesien Anfang 1942 begann¹³.

In seinem Prozeß in Jerusalem gestand Eichmann, er habe vom Vernichtungsbefehl im Spätsommer 1941 durch Heydrich erfahren und dann den bereits informierten Globocnik in Polen aufgesucht und in der Nähe von Minsk die Tätigkeit der Einsatzgruppen beobachtet, um die Durchführung der Tötungsverfahren zu studieren. Zwar leugnete Eichmann bei seinem Verhör vor Gericht, in jenem Herbst 1941 in Auschwitz gewesen zu sein, doch in früheren Einvernahmen hatte er zugegeben, Auschwitz vier Wochen nach seiner Unterrichtung durch Heydrich besucht und sich mit Höß beraten zu haben¹⁴.

Sind dokumentarische Unterlagen erhalten geblieben, aus denen hervorgeht, daß es bei den Planungen der SS im Herbst 1941 vor allem um die Schwierigkeiten der

¹² Browning, S. 120, 174f.

¹³ Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 120ff., 153ff., 176; seine frühere Aussage vor dem Nürnberger Militärtribunal, in: IMG, Bd. XI, S. 40ff., und PS-3868.

¹⁴ Bezirksgericht Jerusalem, Kriminalfall Nr. 40/61, Urteilsbegründung 76 (künftig zit.: Eichmann-Urteil); Bernd Nellessen, Der Prozeß von Jerusalem, Düsseldorf 1964, S. 237f., 246.

Vernichtung und nicht bloß der Deportation ging? Am 28. August 1941 schrieb Eichmann an das Auswärtige Amt und fügte der schon früher verwendeten Formulierung „im Hinblick auf die kommende Endlösung“ die ominöse Wendung „und in Vorbereitung befindliche“ hinzu¹⁵. Wenn diesem Dokument auch keine entscheidende Bedeutung zukommt, so deckt sich der Zeitpunkt der phraseologischen Änderung doch mit Eichmanns eigener Aussage, vom Vernichtungsbefehl im Spätsommer gehört zu haben.

Im Oktober 1941 begleitete ein Mitarbeiter Eichmanns, Friedrich Suhr, den Judenreferenten des Auswärtigen Amtes, Franz Rademacher, nach Belgrad zu Besprechungen über die Judenfrage in Serbien. Als das Schicksal der jüdischen Männer entschieden war (sie wurden von Exekutionskommandos der Armee zur Vergeltung für Opfer von Partisanenangriffen erschossen), kam Rademacher auf die Frauen, Kinder und alten Leute zu sprechen. „Sobald dann im Rahmen der Gesamtlösung der Judenfrage die technische Möglichkeit besteht, werden die Juden auf dem Wasserwege in die Auffanglager im Osten abgeschoben.“¹⁶ Kurz nachdem ihm auf einer Konferenz, an der ein Mitarbeiter Eichmanns teilgenommen hatte, Pläne für die Errichtung eines Auffanglagers im Osten bekanntgeworden waren, hatte Rademacher einen Brief von Paul Wurm, dem außenpolitischen Redakteur des „Stürmer“, erhalten:

„Lieber Parteigenosse Rademacher! Auf meiner Rückreise aus Berlin traf ich einen alten Parteigenossen, der im Osten an der Regelung der Judenfrage arbeitet. In nächster Zeit wird von dem jüdischen Ungeziefer durch besondere Maßnahmen manches vernichtet werden.“¹⁷

Diese beiden Belege zeigen, daß die im Oktober 1941 von und nach Berlin kommenden Juden-Experten von Plänen für ein „Auffanglager“ im Osten zur Aufnahme der für Schwerarbeit nicht tauglichen Juden und von „besonderen Maßnahmen“ zu ihrer Ermordung wußten. Die genaue geographische Lage dieses geplanten Auffanglagers blieb unklar, doch läßt die Erwähnung des Transports auf dem Wasserweg vermuten, daß an eine Route über die Donau und das Schwarze Meer nach Rußland gedacht war.

Daß noch bei einer anderen Gelegenheit im Oktober die Vergasung und die Errichtung neuer Judenlager in Rußland erörtert wurde, überlieferte Alfred Wetzel, Referent für Judenfragen im Ministerium für die besetzten Ostgebiete, der mit Eichmann und dem Leiter der Euthanasie-Aktion, Viktor Brack, zusammengetroffen war. Unter dem Datum des 25. Oktober schrieb Wetzel, daß sich „... Brack von der Kanzlei des Führers bereit erklärt hat, bei der Herstellung der erforderlichen Unterkünfte sowie der Vergasungsapparate mitzuwirken. Zur Zeit sind die in Betracht kommenden Apparate in genügender Anzahl nicht vorhanden, sie müssen erst hergestellt werden. Da nach Auffassung Bracks die Herstellung der Apparate im Reich viel größere

¹⁵ Eichmann an D III, 28. 8. 1941, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig zit.: PA), Inland II A/B 47/1.

¹⁶ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig zit.: ADAP), Serie D, 13, Teil 2, S. 570 ff.

¹⁷ Wurm an Rademacher, 23. 10. 1941, in: PA, Inland II A/B 59/3.

Schwierigkeiten bereitet als an Ort und Stelle, hält es Brack für am zweckmäßigsten, wenn er umgehend seine Leute, insbesondere seinen Chemiker Dr. Kallmeyer, nach Riga sendet, der dort alles weitere veranlassen wird ... Sturmbannführer Eichmann, der Sachbearbeiter für Judenfragen im RSHA, [ist] mit diesem Verfahren einverstanden. Nach Mitteilungen von Sturmbannführer Eichmann sollen in Riga und in Minsk Lager für Juden geschaffen werden, in die evtl. auch Juden aus dem Altreichgebiet kommen. Es werden zur Zeit aus dem Altreich Juden evakuiert, die nach Litzmannstadt, aber auch nach anderen Lagern kommen sollen, um dann später im Osten, soweit arbeitsfähig, in Arbeitseinsatz zu kommen. Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden ... Die Arbeitsfähigen dagegen werden zum Arbeitseinsatz nach Osten abtransportiert. Daß bei den arbeitsfähigen Juden Männer und Frauen getrennt zu halten sind, dürfte selbstverständlich sein.“¹⁸

Auch auf einer Konferenz, die am 10. Oktober unter dem Vorsitz von Heydrich in Prag stattfand, wurden Riga und Minsk als Bestimmungsorte für deportierte Juden genannt. Auf der gleichen Konferenz sagte Heydrich, „Nebe und Rasch könnten in die Lager für kommunistische Häftlinge im Operationsgebiet Juden mithineinnehmen“¹⁹. Heydrich hatte möglicherweise Stahlecker und Nebe gemeint, die Führer der Einsatzgruppen in Riga bzw. Minsk. Daß aber offensichtlich die Auslieferung deportierter Juden an Chefs von Einsatzgruppen vorgesehen war, die gerade die Ermordung von Juden und Kommunisten in der Sowjetunion kontrollierten, zeigt jedenfalls, daß Heydrich bereits Anfang Oktober keinen Zweifel über das Schicksal dieser Deportierten hatte.

Die Oktober-Dokumente zeigen die Endlösung noch nicht in ihrer definitiven Form, doch geht aus ihnen hervor, daß fieberhafte Planungen im Gange waren und daß wesentliche Elemente der Endlösung – spezielle Auffanglager für deportierte Juden und die Vergasung – von den zuständigen Sachbearbeitern nicht nur der SS, sondern auch der Kanzlei des Führers, des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete bereits beraten wurden. Die Dokumente sprechen also für die Glaubwürdigkeit von Eichmann und Höß und nicht für die Annahme Broszats, die Nazis hätten selbst nach dem Beginn der Deportationen aus dem Reich nur eine vage Idee oder nur eine „allgemeine Vorstellung“ über das endgültige Schicksal der Deportierten gehabt. Wenn zur Vorbereitung dieses Schicksals mit der Planungsarbeit schon konkrete Schritte unternommen wurden, wie Eichmann und Höß bezeugten,

¹⁸ Nürnberger Dok. NO-365.

¹⁹ H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945*, Tübingen 1960², S. 720ff. Am Tag nach der Versammlung in Prag unter dem Vorsitz Heydrichs informierte Stahlecker den Generalkommissar von Lettland, Dr. Drechsler, daß in der Nähe von Riga ein KZ für Juden aus dem Reich und dem Protektorat gebaut werde. Am 8. November bestätigte Sturmbannführer Otto Lange von der Einsatzgruppe A, daß 25 000 Juden zum neuen Lager in Salspils bei Riga und weitere 25 000 nach Minsk unterwegs seien. Als Dr. Trampedach vom Reichskommissariat Ostland nach Berlin schrieb, um auf ein Anhalten des Transports zu drängen, antwortete ihm Dr. Leibbrandt vom Ministerium für die besetzten Ostgebiete, daß kein Grund zur Sorge bestehe, da die Juden „weiter nach Osten“ geschickt würden. Vgl. Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, Chicago 1961, S. 232.

so stärken Broszats eigene Argumente gegen Irving, die überzeugend dartin, solche Schritte seien ohne Hitlers Wissen und Billigung nicht vorstellbar²⁰, die Annahme eines Hitlerschen Vernichtungsbefehls im Sommer 1941.

Martin Broszat stützt seine These, es sei kein umfassender Vernichtungsbefehl erteilt worden und die Nationalsozialisten seien sich über das Schicksal der Deportierten zunächst selbst noch im unklaren gewesen, in hohem Maße auch auf die improvisierte Durchführung der Deportationen aus dem Reich im Herbst 1941. Er weist auf Himmlers Schreiben vom 18. September 1941 an Gauleiter Greiser (Warthegau) hin, das ankündigte, 60 000 deutsche Juden würden nach Lodz geschickt, um dort auf ihre Deportation weiter nach Osten im nächsten Frühjahr zu warten, und argumentiert, daß Himmlers daraus entstandener Streit mit dem Regierungspräsidenten in Lodz, Uebelhör, über die Aufnahmekapazität von Lodz unverständlich wäre, hätte es schon einen Vernichtungsplan gegeben²¹. Schließlich habe, so Broszat, der Stillstand der militärischen Operationen in Rußland den Zwang geschaffen, polnische Gebiete als „Winterquartier“ für die deportierten Juden zu nutzen, und das Unvermögen der polnischen Ghettos, mehr Deportierte aus Deutschland aufzunehmen, habe das ganze Abschiebungsprogramm in Gefahr zu bringen gedroht. Um diesen Druck zu verringern, seien dann sporadische Exekutionen wie in Riga und dem ad hoc errichteten Todeslager in Chelmino durchgeführt worden.

Aus anderer Sicht ist die improvisierte Art der Deportationen aus Deutschland im Herbst 1941 jedoch nicht unvereinbar mit systematischen Vernichtungsplänen, die auf einem Hitler-Befehl vom Sommer beruhten. Der Auftrag, den Göring im Juli 1941 Heydrich erteilte, bezog sich auf einen Plan für die gesamte deutsche Einflußzone in Europa, nicht nur für Deutschland und das Protektorat. Im August, als ein solcher Plan noch nicht vorliegen konnte, widersetzte sich Hitler dem Drängen Heydrichs und Goebbels' auf sofortige Deportationen aus Deutschland²². Ebenso unterrichtete Eichmann das Auswärtige Amt am 13. September 1941, daß Deportationen serbischer Juden nach dem Generalgouvernement oder nach Rußland nicht möglich seien, weil dort nicht einmal deutsche Juden untergebracht werden könnten²³. Am 14. September drängte Rosenberg jedoch Hitler zur Genehmigung der sofortigen Deportation deutscher Juden als Vergeltung für die russische Deportation von Wolga-Deutschen nach Sibirien. Himmler informierte Greiser vier Tage später von einstweiligen Deportationen nach Lodz, weil der Führer das Reich und das Protektorat so bald wie möglich „judenfrei“ machen wolle, er hoffe, bis zum Jahresende. Kurz darauf verkündete auch Heydrich in Prag den Wunsch des Führers, daß bis zum Jahresende so viele deutsche Juden wie möglich nach Lodz, Riga und Minsk deportiert werden sollten²⁴. Sowohl Himmler als auch später Eichmann in seinem Gespräch mit Wetzels betrachte-

²⁰ Broszat, S. 756f.

²¹ Ebenda, S. 750f.

²² Bernhard Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 303; Broszat, S. 750.

²³ Randbemerkung Rademachers auf Benzlers Brief vom 12. 9. 1941, in: PA, Inland IIg 194.

²⁴ Adler, S. 720ff.

ten die Deportationen im Herbst unzweifelhaft als Zwischenstufe. Die Juden sollten eigentlich im Frühjahr „nach Osten“ geschickt werden, wenn die Vorbereitungen für die „Endlösung“ der Judenfrage abgeschlossen sein würden. Die Deportationen im Herbst waren hingegen tatsächlich improvisiert, weil sie auf einen plötzlichen Beschluß des „Führers“ Mitte September zurückgingen, für Deutschland noch vor der Planung und Exekution der „Endlösung“ für ganz Europa eine Zwischenlösung zu finden. Wenn dem Auftrag vom Juli und den Deportationen im Herbst zwei verschiedene Entschlüsse zugrunde liegen, so schließt die improvisierte Durchführung des letzteren eine umfassende Zielsetzung des ersteren nicht aus.

Neben den spärlichen dokumentarischen Unterlagen und den Aussagen von Eichmann und Höss sollten auch Indizien berücksichtigt werden. Ist Broszats Annahme plausibel, die Nationalsozialisten seien auf die Deportation so fixiert gewesen, daß sie noch im Oktober 1941, nachdem die Deportationen aus dem Reich bereits begonnen hatten, nur eine „allgemeine Vorstellung“ vom Schicksal der Juden gehabt hätten? Wenn Broszat den Versuch macht, die Vorstellung der in der Judenpolitik führenden Nationalsozialisten von diesem Schicksal detaillierter und glaubhafter zu beschreiben, unterscheidet sich das Ergebnis kaum von einem Plan zur systematischen Ausrottung, dessen Bestehen er an anderer Stelle bestreitet. Diese allgemeine Vorstellung definiert er so: „Die Juden im Osten in Ghettos und Lagern zu schwerer Zwangsarbeit einzusetzen, dabei würden bald viele umkommen, und in bezug auf die Nichtarbeitsfähigen könne man ähnlich ‚nachhelfen‘, wie man in den Konzentrationslagern des Reiches und in Arbeitslagern in Polen dazu übergegangen war, nicht einsatzfähige Gefangene zu liquidieren“²⁵. Da die große Mehrheit der nach dem Osten abzuschiebenden Juden aus Frauen, Kindern, alten Leuten oder Kranken bestand und der kleinen Minorität der „Einsatzfähigen“ so schwere Arbeit zugeteilt werden sollte, daß sie bald ebenfalls „unbrauchbar“ würden, war im Deportationsprogramm nach Broszats eigener Definition die systematische Ausrottung impliziert.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Nationalsozialisten blind gehandelt hatten und ihnen diese Implikation entgangen war. Bereits im Frühjahr 1940 war die SS zur Einstellung von Deportationen in das Lubliner Gebiet gezwungen gewesen, weil eine zwar begrenzte, aber unregelmäßige Judendeportation ohne sorgfältige Vorbereitung sich als chaotisch und undurchführbar erwiesen hatte. Sicherlich hatte niemand den Wunsch nach einer Wiederholung jenes Fiaskos in noch weit größerem Maßstab.

Als im Sommer 1940 die für solche Probleme zuständigen Funktionäre der SS ernsthaft die Deportation der Juden nach Madagaskar zu planen begannen, legten sie binnen zweier Monate eine sauber gedruckte Broschüre samt Inhaltsverzeichnis und Landkarten vor, in der sie die künftige Verwaltung und Wirtschaft des „Super-Ghettos“ skizzierten²⁶. So phantastisch der Madagaskar-Plan auch gewesen sein mag, seine Verfasser waren Männer, die offensichtlich über das Anfangsstadium der Deportation hinaus gedacht hatten. Im Jahre 1941 dürften sie über die praktischen

²⁵ Broszat, S. 748.

²⁶ Reichssicherheitshauptamt Madagaskar-Projekt, in: PA, Inland IIg 177.

Schwierigkeiten bei der „Lösung“ der „Judenfrage“ kaum noch Illusionen gehabt haben. Daß sie den Herbst 1941 damit verbrachten, sich mit den der Deportation im Wege stehenden Hindernissen herumzuschlagen, schließt doch wohl aus, daß sie sich gleichzeitig mit einer nur vagen Idee zur Lösung des größten aller Probleme zufriedengaben, nämlich der Bestimmung über das endgültige Geschick der Deportierten.

Wer die These Broszats von „weit mehr Wahrscheinlichkeit“ bestreitet, muß seinerseits eine Interpretation bieten, die zumindest ebenso plausibel ist. Der Beschluß, das Massaker der russischen Juden durch die Einsatzgruppen in Gang zu setzen, war ein quantitativer Sprung in der NS-Judenpolitik; er sollte nicht nur im Zusammenhang eines „Vernichtungskriegs“ im Osten und ohne Verbindung mit der Behandlung der gesamteuropäischen „Judenfrage“ durch die Nationalsozialisten gesehen werden, wie Broszat es zu tun scheint²⁷. Die NS-Judenpolitik befand sich schon in einer „Sackgasse“, als Hitlers Entscheidung, in Rußland einzufallen, das alte Dilemma auftauchen ließ, daß weitere militärische Siege das expandierende Deutsche Reich mit zusätzlichen Millionen Juden belasten würden. Der Beschluß zur Tötung der russischen Juden löste dieses Dilemma und bot sich seither als „Lösung“ auch für die europäischen Juden an.

Was macht in solcher Lage einen Hitlerschen Vernichtungsbefehl aus? Als Heydrich von Göring den Auftrag bekam, eine Gesamtlösung der Judenfrage vorzubereiten, war die Ausrottung der russischen Juden in vollem Gange. Wir wissen nicht, ob Himmler und Heydrich von Hitler eine präzisere, über den Auftrag Görings hinausgehende mündliche Weisung erhielten, doch hätte es einer solchen Weisung kaum bedurft. Bei der politischen Struktur des Dritten Reiches, in dem rivalisierende Paladine um Hitlers Gunst wetteiferten und in dem Maß erfolgreich waren, in dem sie seine Wünsche vorhersahen und erfüllten, brauchten Himmler und Heydrich wenig mehr als ein Kopfnicken Hitlers, um zu begreifen, daß die Zeit für die Einbeziehung der europäischen Juden in die Tötungsaktionen gekommen war. Unter diesen Umständen stellte der Auftrag Görings implizite zum allermindesten eine Aufforderung und eine ausreichende Veranlassung zur Vorbereitung der systematischen Judenvernichtung dar.

Angeichts der schon offenkundig gewordenen Mängel der von den Einsatzgruppen angewandten Methoden und ihrer noch geringeren Eignung zum Gebrauch gegen nichtrussische Juden standen Himmler und Heydrich vor einer Reihe von Problemen: Welche vorbereitenden Maßnahmen mußten ergriffen werden? Wie und wo sollten die Juden getötet werden? Wie war die benötigte Mitwirkung anderer Institutionen und Staaten zu erreichen? Wie stand es mit der Nutzung jüdischer Arbeitskraft? Welche Juden könnten aus anderen Gründen verschont werden müssen? Die Nationalsozialisten begaben sich auf unvermessenes Terrain und versuchten Beispiellooses; sie hatten keine Karte zu ihrer Orientierung.

²⁷ Broszat, S. 747. Broszat erkennt an, daß die Massenmorde der Einsatzgruppen gelehrt hatten, die Liquidation sei die einfachste und schnellste „Lösung der Judenfrage“; er macht aber klar, daß seiner Meinung nach diese Lehre in bezug auf die europäischen Juden viel später gelernt und angewendet wurde.

Die vorbereitenden Maßnahmen trafen in Deutschland auf die geringsten Schwierigkeiten. Im September 1941 wurden die deutschen Juden gekennzeichnet. Im Oktober wurde jede weitere Auswanderung von Juden verboten und an die Slowakei, Kroatien und Rumänien das Ersuchen gerichtet, die Einbeziehung ihrer in Deutschland lebenden jüdischen Staatsbürger in die Deportationen aus dem Reich zuzulassen. Am 25. November verfügte die „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ die Abkennung der Staatsbürgerschaft und die Einziehung des Eigentums der im Ausland lebenden bzw. Deutschland verlassenden deutschen Juden. Solche vorbereitenden Maßnahmen erfüllten zugegebenermaßen einen erklärbaren Zweck, ob den deutschen Juden zu diesem Zeitpunkt nun die Abschiebung oder die Vernichtung bestimmt war. Derartige Vorbereitungen lassen aber nicht auf eine Bürokratie schließen, die unfähig gewesen wäre, die Folgen ihres Handelns zu erkennen.

Schwerer waren die Fragen zu beantworten, wie und wo die Tötungen durchgeführt werden sollten. Das Organisationsproblem wurde durch eine Kombination von Elementen aus drei bestehenden NS-Einrichtungen gelöst, in denen die Nationalsozialisten bereits Erfahrung hatten: das KZ-System, die Vergasung im Rahmen des Euthanasie-Programms und – Eichmanns Spezialität – Austreibung. Als Standort eines Vernichtungszentrums wurde Auschwitz gewählt, und zwar wegen seiner günstigen Lage zu bestimmten Bahnlinien. Die Möglichkeit, weitere Standorte in Rußland auszusuchen, mag erwogen worden sein, bis sie aufgrund der militärischen und Transportlage hinfällig wurde. Die Todeslager wurden dann in Polen errichtet. Nicht einheitlich wurde die Frage entschieden, welches Gas zu verwenden sei. Schließlich blieb man in den von Euthanasie-Experten geleiteten Lagern in Polen bei der Verwendung von Kohlenmonoxyd, während man in Auschwitz und Majdanek das Gas Cyclon B verwandte²⁸.

Diese Planung hat Hitler vermutlich genehmigt, bevor mit der Errichtung der Todeslager begonnen wurde, doch ist die Ermittlung genauer Daten schwierig. Der polnische Untersuchungsausschuß kam zu dem Schluß, daß die Bauarbeiten in Chelmno und Belzec schon im Oktober 1941 begonnen haben könnten²⁹. Arndt und Scheffler nehmen für Chelmno ein Datum im Oktober oder November und für Belzec vage den „Winter 1941/42“ an³⁰. Auch in der Urteilsbegründung im Bonner Chelmno-Prozeß wurde Oktober oder November als Termin des Baubeginns angenommen, während das Bayerische Oberste Landesgericht in München meinte, der Bau von Belzec habe im Spätherbst 1941 begonnen³¹. Hilberg datiert die Inangriffnahme der Errichtung des Auschwitzer Lagers Birkenau auf „Ende 1941“³². Da in einem erhalten gebliebe-

²⁸ Gerald Reitlinger, *The Final Solution*, New York 1961, S. 145 ff.; Ino Arndt und Wolfgang Scheffler, *Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern*, in: VfZ 24 (1976), S. 122–135.

²⁹ Reitlinger, S. 244.

³⁰ Arndt und Scheffler, S. 116, 118.

³¹ Adalbert Rückerl, *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno*, München 1977, S. 262, 132.

³² Hilberg, S. 565.

nen Dokument eine Bauplanänderung zur Erweiterung der Anlage von zwei auf fünf Verbrennungsöfen mit dem 27. Februar 1942 angegeben ist, war der Bauplan offenkundig schon früher fertiggestellt und die Bauarbeit aufgenommen³³. Arndt und Scheffler kommen zu dem Ergebnis, daß in Auschwitz die ersten Judenvergasungen – in provisorischen Anlagen – im Januar 1942 durchgeführt wurden³⁴. Demnach ist es wahrscheinlich, daß die Errichtung der großen Todeslager in Belzec und Auschwitz im November oder Dezember 1941 begann, also etwa zur gleichen Zeit, da am 30. November in Riga erstmals deutsche Juden erschossen wurden und am 8. Dezember in Chelмно die Vergasungen einsetzten. Die Versetzung von Euthanasie-Experten (Sonderkommando Lange) nach Chelмно, die Brack von der Kanzlei des Führers vornahm, und die Errichtung des dortigen, technisch noch primitiven Todeslagers müssen folglich etwas früher gewesen sein. Diese Häufung von Vorgängen deutet darauf hin, daß Hitler den im Sommer 1941 von ihm veranlaßten Vernichtungsplan im Oktober oder November gebilligt hat.

Das Verhalten Himmlers und Heydrichs zu jener Zeit ist zweifellos mit dieser Hypothese vereinbar. Am 30. Oktober übersandte Heydrich dem Auswärtigen Amt die ersten fünf „Ereignismeldungen UdSSR“, in denen die im Sommer durchgeführten Massenezekutionen detailliert festgehalten sind. Da das Auswärtige Amt nur eines von meist etwa hundert Exemplaren erhielt, fanden die Mitteilungen Heydrichs also weite Verbreitung³⁵. Vielleicht war Heydrichs Wahl des Zeitpunkts für die erste Informierung anderer Institutionen ein Zufall. Vielleicht wollte er aber auch die Empfänger seiner Berichte auf die „neuen Realitäten“ einstimmen, sie psychologisch auf die Mitwirkung an der Endlösung vorbereiten. Am 11. November sagte Himmler zu Kersten, daß jetzt die Vernichtung der Juden geplant werde und unmittelbar bevorstehe³⁶. Und am 29. November verschickte Heydrich die Einladungen zur Wannsee-Konferenz, die ursprünglich für den 9. Dezember angesetzt war, doch dann auf den 20. Januar 1942 verschoben wurde.

Für viele, die ungeduldig auf eine Berliner Entscheidung in der Judenfrage gewartet hatten, brachte der Dezember die Erfüllung ihrer Erwartung. Eine Anfrage des Reichskommissariats Ostland, ob alle Juden ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und wirtschaftliche Interessen liquidiert werden sollten, wurde aus Berlin am 18. Dezember beantwortet: „In der Judenfrage dürfte inzwischen durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein: Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.“³⁷ Generalgouverneur Hans Frank, der seinen Staatssekretär Bühler nach Berlin geschickt hatte, um ausfindig zu machen, was die Einladung zur Wannsee-Konferenz bedeute, berichtete am 16. Dezember seinen Mitarbeitern, daß die im Generalgouvernement lebenden Juden nicht deportiert werden könnten; folglich müßten sie selbst die Liquidierung dieser Juden besorgen. Er

³³ Nürnberger Dok. NO-4472.

³⁴ Arndt und Scheffler, S. 130.

³⁵ Browning, S. 72 ff.

³⁶ Felix Kersten, *The Kersten Memoirs 1940–45*, New York 1957, S. 119.

³⁷ Nürnberger Dok. PS-3666.

wisse noch nicht genau, auf welche Weise, doch würden „im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen“ zu einem „Vernichtungserfolg“ führende „Eingriffe“ vorgenommen werden. Zwar noch unsicher hinsichtlich der Methoden, hatte Frank keinen Zweifel mehr über das Ziel: „Wir müssen die Juden vernichten.“³⁸

Da Franks Bemerkungen die Möglichkeit ausschließen, daß sich die Tagesordnung der Wannsee-Konferenz zwischen der ersten Einladung und der Besprechung selbst radikal geändert hat, muß Heydrich die Genehmigung des Vernichtungsplans vor Ende November erhalten haben. Auf der Wannsee-Konferenz verkündete Heydrich ein umfassendes gesamteuropäisches Programm und erklärte unmißverständlich, daß kein Jude „als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus“³⁹ überleben dürfe. Das war keine „allgemeine Vorstellung“, sondern eine verbindliche Aussage. Auch über den Zweck der Konferenz herrschte keinerlei Unklarheit: Sie sollte die Mitwirkung der Reichsbehörden an einer bereits beschlossenen Judenpolitik regeln, nicht diese Politik diskutieren.

Während das Ziel und die Ausdehnung der deutschen Judenpolitik nicht mehr in Zweifel standen, waren einige praktische Fragen der Endlösung noch nicht entschieden. Auf der Wannsee-Konferenz wurden verschiedene „Lösungsmöglichkeiten“ erörtert; Eichmann hat bestätigt, daß es sich um eine Diskussion von „Tötungsmöglichkeiten“ gehandelt hat⁴⁰. Obgleich in Chelmno die Gaswagen schon „in Betrieb“ waren und die provisorischen Anlagen in Auschwitz soeben „in Betrieb“ gesetzt wurden, scheint es bis Mitte März gedauert zu haben, ehe – mit der Eröffnung von Belzec – die Gaskammern ihre letzte Probe bestanden. Während der Wannsee-Konferenz wurde viel Zeit auf die Beratung der Behandlung von Mischlingen und der in Mischehen lebenden deutschen Juden verwendet – Probleme, die nie definitiv gelöst wurden.

Der Auftrag, den Göring am 31. Juli 1941 Heydrich erteilte, sollte demnach nicht als die Hitler-Weisung angesehen werden, der die „Endlösung“ fix und fertig entsprang wie Athene dem Haupt des Zeus. Es handelte sich eher um einen Auftrag oder einen Befehl, einen Vernichtungsplan auszuarbeiten, zu dessen Ausführung unvermeidlich die Erprobung verschiedener Möglichkeiten, falsche Ansätze und viele Verzögerungen gehörten. Daraus entstand jenes Phänomen, das Broszat und vor ihm Uwe Dietrich Adam veranlaßte⁴¹, die entscheidende Bedeutung des Auftrags vom 31. Juli zu bestreiten: nämlich die scheinbare Ambivalenz und Konfusion der deutschen Judenpolitik im Spätsommer und Frühherbst 1941, Mitte September durch den Beschluß verschlimmert, deutsche Juden schon vor der Bereitstellung der neuen Tö-

³⁸ Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Hrsg. Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 457; Hilberg, S. 363.

³⁹ ADAP, E, I, S. 206.

⁴⁰ Eichmann-Prozeß, 106. Sitzung, 21. 7. 1961, Prot. S. 11.

⁴¹ Obwohl der Verf., im Gegensatz zu Broszat, mit Adam hinsichtlich der Bedeutung des Auftrags vom 31. Juli nicht übereinstimmt, ist der Verf. mit Adam darin einig, daß November 1941 der späteste annehmbare Termin für Hitlers Genehmigung der Endlösung ist. Vgl. Adam, S. 312.

tungsanlagen zu deportieren. Jedoch waren Ende Oktober oder im November Widersprüche und Konfusion überwunden, lag ein Plan zur Genehmigung durch Hitler vor und wurden die ersten konkreten Schritte zur „Endlösung“ getan.

Angesichts der Quellenlage kann diese Interpretation ebensowenig schlüssig bewiesen werden wie die These Martin Broszats. Es ist, wie er sagt, eine Frage der Wahrscheinlichkeit. Die hier skizzierte Interpretation darf aber mehr Wahrscheinlichkeit beanspruchen als Broszats *tour de force*, verlangt doch seine These, daß der historische Zusammenhang, in dem der Auftrag vom 31. Juli zur Gesamtlösung der Judenfrage erging, d. h. der Massenmord in Rußland, außer acht gelassen wird, daß die vom Herbst 1941 stammenden Hinweise auf die Verschickung der deportierten deutschen Juden (und der überlebenden serbischen Juden) weiter nach Osten im nächsten Frühjahr wörtlich und nicht als Chiffre für Ausrottung genommen werden, daß wir die klaren Aussagen von Eichmann und Höß ignorieren, dagegen den Mangel an Hinweisen u. a. in Goebbels' Tagebüchern als Argument akzeptieren und zugleich sowohl die Funktion wie den Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz übersehen.